



Bitte weiterverbreiten!
Marie-Luise Volk
Bergstraße 6 * 56761 Gamlen

4. Juli 2013

Liebe Interessierte,

1999 wurden wir durch Wahlplakate (CDU) wie folgt informiert:

Was kostet uns der EURO?

a) Muss Deutschland für die Schulden anderer Länder aufkommen?

Antwort: Der Maastrichter Vertrag **verbietet ausdrücklich**, dass die Europäische Union oder die anderen EU-Partner für die Schulden eines Mitgliedsstaates haften.

Mit den **Stabilitätskriterien** des Vertrags und dem **Stabilitätspakt** wird von vorneherein sichergestellt, dass die Nettoneuverschuldung auf **unter 3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP)** begrenzt wird.

Die Euro-Teilnehmerstaaten werden daher auf Dauer ohne Probleme ihren Schuldendienst leisten können. Eine Überschuldung eines Euro-Teilnehmerstaats kann daher von vorneherein **ausgeschlossen** werden.

Nur noch wenige erinnern sich an dieses Wahlversprechen. Und unsere Politiker möchten auch nicht mehr daran erinnert werden.

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen hat der Deutsche Bundestag am 13.6.2013 der Europäischen Bankenaufsicht unter **Aufsicht der Europäischen Zentralbank (EZB)** zugestimmt.

Die Konsequenz: Fortan rettet der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) nicht nur über insolvente Staaten Gläubigerbanken, sondern **ganz direkt insolvente Banken**. Die Banken der sechs schlimmsten Krisenländer haben etwa 10.000 Milliarden Euro Schulden, der ESM

– bisher – ein Rettungsvolumen von 700 Mrd. Euro.

Da über die Bankenrettung nunmehr die EZB befindet, wo Deutschlands einfache Stimme **stets überstimmt** werden kann, ist klar, was künftig passieren wird: Deutschland wird bis zum eigenen Ruin für die Schulden und Außenstände ausländischer Banken in Anspruch genommen werden, ohne sich wehren zu können.

Bitte fragen Sie Ihren Bundestagsabgeordneten nach seinem Abstimmungsverhalten am 13. Juni 2013. Hat er auch diesem erneuten Ermächtigungsgesetz zugestimmt? Wenn ja, dann fragen Sie ihn doch, warum er zugestimmt hat, dass Souveränitätsrechte des deutschen Staates auf eine selbstherrliche Einrichtung wie die Europäische Zentralbank übertragen werden. Der EZB ist völlig egal, ob die deutschen Bürger ausgeplündert werden und dadurch verarmen. Bedenken Sie bei der anstehenden Bundestagswahl wem Sie Ihre Stimme geben wollen: Einem, der Ihre Stimme nur noch braucht um seine eigene Karriere- und Versorgungsanstalt zu sichern, oder ob er sich glaubwürdig gegen den Euro-Raubzug ausspricht.

Haben Sie sich auch gefragt, was der Beitritt eines weiteren Schuldenstaates soll? Kroatien ist seit 1. Juli 2013 Mitglied der EU. Kroatien tritt mit einem Haushaltsdefizit von 5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ein, obwohl nur 3 % erlaubt wären. Auch die Arbeitslosenquote liegt bei 23 % (Griechenland 26,4 %). Die Sektkorken knallten trotzdem. Und die Erwartungshaltung der Kroaten an die EU ist groß. Was glauben Sie denn, wer diesem Land unter die Arme greifen wird? Griechenland, Zypern, Italien, Spanien, Frankreich oder gar Portugal? Diese Länder können nicht einspringen, weil sie keinen finanziellen Spielraum haben. Der deutsche Steuerzahler und Sparer wird dann wieder bluten müssen.

Viele Grüße
Marie-Luise Volk

Telefon: 02653 1614
FAX : 02653 6436

eMail
ml.volk@gmx.net

website
www.agrogen-rlp.de www.kritisches-netzwerk.de